StVollzG

Kommentar
zum Strafvollzugsgesetz
2. Auflage

Reihe

Alternativkommentare

Luchterhand

Reihe Alternativkommentare

Kommentar zum Strafvollzugsgesetz

2., neubearbeitete Auflage

Bearbeitet von

Dipl.-Päd. Eberhard Brand, Sozialarbeiter (grad.),

Fachhochschullehrer, FH Ostfriesland

Professor Dr. jur. Albrecht Brühl, Fachhochschule Darmstadt

Professor Dr. phil. Marlis Dürkop, Fachhochschule Berlin

Professor Dr. Soz.-Wiss. Johannes Feest, Universität Bremen

Regierungsdirektor Ehrhard Hoffmann, Leiter der JVA Bremen-Oslebshausen

Professor Konrad Huchting, Fachhochschule Ostfriesland

Erich Joester, Rechtsanwalt, Bremen

Denis Pécic, Hamburg

Dipl.-Psych. Edelgart Quensel, Psychotherapeutin, Bremen

Professor Dr. phil. Karl F. Schumann, Universität Bremen

Professor Dr. jur. Erdmute Spittler, Fachhochschule Wiesbaden

Angela Uhlig-van Buren, Staatsanwältin beim Landgericht Bremen

Bernd Volckart, Richter am Oberlandesgericht Celle

Luchterhand

1982

Zitervorschlag:
Feest in: AK StVollzG § 2 Rz. 3

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Kommentar zum Strafvollzugsgesetz
bearb. von Eberhard Brandt . . .
– 2., neubearb. Aufl. –
Neuwied, Darmstadt : Luchterhand, 1982.
(Reihe Alternativkommentare)
ISBN 3-472-07035-8
NE: Brandt, Eberhard [Mitverf.]

1. Auflage © 1980.
2. Auflage © 1982 by Hermann Luchterhand Verlag,
Neuwied und Darmstadt.
Alle Rechte vorbehalten.
Typoeinrichtung: Christian Honig.
Gesamtherstellung bei der
Druck- und Verlags-Gesellschaft mbH, Darmstadt.
Printed in Germany Juni 1982.

Alternativkommentare

sind ein neuer Begriff in der juristischen Literatur. Wenn ein Verlag unter dieser Bezeichnung eine Kommentarreihe herausbringt, so bedarf das der Erläuterung – schon um Mißverständnisse darüber auszuschließen, was hinter diesem Begriff als Konzeption steht.

Alternativkommentare sind eine Antwort auf drängende Probleme, denen Rechtspraxis wie Rechtsausbildung nicht ausweichen können, wenn sie den Anforderungen der Gesellschaft an ihr Recht gerecht werden wollen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß der Übergang vom (alt-)liberalen zum sozialen Rechtsstaat, der sich in der Bundesrepublik vollzieht, durch einschneidende Rechtsveränderungen gekennzeichnet ist, die einmal die Konsequenzen aus dem erreichten Stand der gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklung ziehen, zum anderen sich aber auch die Gestaltung des sozialen Lebens in einer Ordnung zum Ziele setzen, die für alle Bürger der Bundesrepublik ein Höchstmaß von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit garantieren soll. Nicht nur an die zahlreichen Reformgesetze der letzten Jahre ist dabei zu denken. Auch andere Instanzen als der Gesetzgeber – die Rechtsprechung, die Verwaltungspraxis und die Wissenschaft – setzen Maßstäbe und Regeln, deren Kenntnis im juristischen Alltag ebenso vorausgesetzt wird wie die des Gesetzesrechts.

Daß die Rechtspraxis auf diese Veränderungen unsicher und uneinheitlich reagiert, kann nicht überraschen. Geänderte Rechtsnormen bedeuten noch keine veränderte Rechtswirklichkeit. Nicht nur menschlich, sondern auch soziologisch begründet ist die Neigung, Neues im Lichte des Alten zu interpretieren. Man braucht deshalb noch nicht – in Anlehnung an Adolf Arndt – von einer ideologischen Unterwanderung der Reformgesetze zu sprechen. Wenn die neuen Normen aber im überkommenen Sinn angewendet werden, wird nicht nur der Prozeß des Lernens, der aus bloß gesetzten Normen effektives, lebendes Recht macht, verzögert, wenn nicht gar verhindert, es besteht auch die Gefahr, daß die sich auf die Rechtsreform gründenden sozialen Erwartungen nicht erfüllt werden.

Nicht geringer, eher noch größer ist die Unsicherheit bei der Anwendung des überkommenen Rechts. Es ist heute eine kaum noch bestrittene Einsicht, daß die juristische Entscheidung in einer Vielzahl von Fällen nicht logisch zwingend aus dem Gesetz abgeleitet werden kann, sondern auf Willensakten und Wertungen der daran beteiligten Juristen beruht. Das Recht wird also nicht als ein vorgegebenes, erkennbares Normensystem, sondern als eine Aufgabe für verantwortliche Gestaltung begriffen. Dieser Gewinn an Methodenehrlichkeit hat aber nicht nur das Problembewußtsein des Juristen geschärft, sondern auch die Schwierigkeiten deutlich gemacht, die bei der Herausarbeitung der Auslegungsalternativen und der Wahl zwischen den Alternativen auftauchen. Da von einem einheitlichen sozialen Bewußtsein bei den Juristen nicht mehr die Rede sein kann, tendiert die

Rechtsprechung dahin, mehr und mehr subjektiven Präferenzen und Einschätzungen Raum zu geben, wobei die Gefahr besteht, daß an die Stelle verantwortungsbewußten, die Folgen bedenkenden Wählens zwischen den verschiedenen Lösungsmöglichkeiten die unreflektierte Übernahme von Präjudizien und ungeprüften Alltagstheorien tritt.

In dieser Situation können sich Kommentare weniger denn je auf die zuverlässige Information über den Stand von Lehre und Rechtsprechung beschränken. Immer wichtiger wird die Aufgabe einer Orientierung, die auf der einen Seite den Problemstand verdeutlicht und sich in wissenschaftlicher Weise mit den gängigen Rechtsmeinungen kritisch auseinandersetzt, auf der anderen Seite aber auch der Praxis Hinweise und Leitlinien gibt, an die sie sich bei der Rechtsverwirklichung und Rechtsfindung in Problemlösung und Fallentscheidung halten kann.

Die Reihe Alternativkommentare versteht sich in diesem Sinn als eine Alternative und zugleich als notwendige Ergänzung zu den herkömmlichen Kommentaren einerseits, zur bestehenden Ausbildungsliteratur andererseits. Indem sie die Erkenntnis der historischen und sozialen Bedingungen und Folgen von Rechtsnormen und Rechtsentscheidungen als Voraussetzung für eine sozial verantwortungsbewußte Tätigkeit des Juristen betrachtet, stellt sie sich die Aufgabe,

- die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prämissen der rechtlichen Regelungen bewußt zu machen,
- die sich in der Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Rechtswissenschaft durchsetzenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen aufzuzeigen,
- die Interpretations-, Handlungs- und Entscheidungsräume, die das geltende Recht dem Rechtsanwender eröffnet, zu benennen,
- begründete Alternativen zu den gängigen Rechtsmeinungen herauszuarbeiten und dem Rechtsanwender anzubieten, wo dies die Sachlage erfordert und der Erkenntnisstand gestattet.

Leitender Gesichtspunkt der Kommentierung ist bei alledem, den Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes zur besseren Verwirklichung im Rechtsalltag zu verhelfen. Denn die das Grundgesetz tragenden Prinzipien Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit sind es, an denen sich unter der Herrschaft des Grundgesetzes juristische Interpretationen vorrangig zu legitimieren haben. Der Verfassungssatz vom sozialen Rechtsstaat zumal hat die soziale Gerechtigkeit zum Legitimationsgrund des Rechts der Bundesrepublik gemacht.

Diese Zielsetzung tendiert auf einen interdisziplinären Ansatz bei der Kommentierung, der die Fragestellungen und Erkenntnisse anderer Wissenschaften für die Rechtspraxis nutzbar zu machen sucht; sie bedingt aber auch eine im Vergleich zu herkömmlichen Kommentierungen stärkere wissenschaftliche Schwerpunktsetzung und rechtspolitische Akzentuierung.

In erweiterten Einleitungen und Vorbemerkungen werden die allgemeinen Strukturen und Entwicklungstendenzen unter den genannten Gesichtspunkten im Zusammenhang dargestellt. Das Verständnis der rechtlichen Konfliktregelung im Einzelfall und möglicher Entscheidungsalternativen soll sich auf diese Weise dem Benutzer des Kommentars nicht nur aus dem rechtssystematischen, sondern auch

aus dem historischen, sozialökonomischen und politischen Zusammenhang erschließen. Die Autoren verwirklichen diese Forderung nicht nur in dem Sinn, daß sie Faktenmaterial zusammentragen oder die Ergebnisse empirischer Forschungen zusammenstellen. Sie weichen den Schwierigkeiten, die sich aus den unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Ansätzen ergeben, nicht aus, sondern beziehen historische und gesamtgesellschaftliche Aspekte in die Darstellung ein, was eine beträchtliche sozialwissenschaftliche, rechtstheoretische und methodenkritische Bandbreite erkennen läßt.

In den Einzelkommentierungen wird Wert gelegt auf eine tiefere Behandlung der in der Praxis wesentlichen und typischen Probleme und insbesondere derjenigen Fragen, bei denen das Urteil des Juristen nicht bloße Normenanwendung, sondern auch Disposition über konkurrierende rechtliche Wertungen darstellt. In diesem Rahmen werden die aktuellen Ergebnisse von Rechtsprechung und Literatur nicht nur wiedergegeben, sondern – so weit wie möglich – auch kritisch analysiert. Erforderlichenfalls werden darüber hinaus alternative Argumentationen, Problemlösungen, Entscheidungen oder Verfahrensweisen angeboten oder vorgeschlagen, die an die Stelle der überkommenen Auslegungs- und Verhaltensmuster treten sollten. Diese alternativen Orientierungen verstoßen nicht etwa gegen das geltende Recht und zielen auch nicht auf eine davon nicht gedeckte Praxis; sie sind vielmehr gesetzeskonform, auch und gerade wenn sie eingefahrenen Meinungen widersprechen.

Die Autoren verkennen nicht, daß die Konkretisierung der grundgesetzlichen Staatsbestimmungen, insbesondere des Sozialstaatsgebots, keineswegs unproblematisch ist, spiegeln sich doch darin unterschiedliche gesellschaftspolitische Auffassungen wider. Würde man die Konkretisierung nicht wagen, so würden indessen diese grundlegenden Prinzipien im praktischen Rechtsleben leerlaufen und sich »herrschende Meinungen« erhalten oder neu etablieren, die die Gestaltungsmöglichkeiten der Praxis in eine andere Richtung lenken. Manche Rechtsanwender erhalten durch die Alternativen, die in dieser Kommentarreihe aufgezeigt werden, das »gute Gewissen«, das ihnen bei ihrer Praxis fehlte; andere, denen bei der etablierten »herrschenden Meinung« unbehaglich ist, können erkennen, daß sie dieser nicht mehr deshalb ausgeliefert sind, weil alternative gesetzeskonforme Auslegungen fehlen. Die inhaltlichen Orientierungen, die die Alternativkommentare bieten, sichern und verstärken die Reformansätze in der Praxis. Aber auch die Kritik, die sie am geltenden Recht und seiner Auslegung üben, dürfte für die Rechtspolitik bedeutsam sein, weil sie die Schwächen des geltenden Rechts aufzeigt und deren Beseitigung nahelegt.

Die Reihe Alternativkommentare wendet sich mit dieser Konzeption sowohl an die berufstätigen Juristen in Rechtsprechung, Verwaltung, Gesetzgebung und Wissenschaft als auch an die Juristen, die sich in der Ausbildung befinden. Für den Berufspraktiker wird sie überall dort in besonderem Maße ein Hilfsmittel sein, wo ihn der Wortlaut des Gesetzes im Stich läßt. Für den Studenten, den Referendar und den Rechtspflegeanwärter soll sie der kritischen Aneignung des Rechts auf der Grundlage einer realistischen Sicht seiner Funktionen dienen.

Geleitwort

Die Reihe wendet sich aber nicht an die Juristen allein. Jedem Interessierten soll sie helfen, die rechtlichen Regelungen, die sein Leben beeinflussen, in ihrer Entwicklung und Veränderung zu verstehen und sich die Probleme bewußt zu machen, um die es konkret bei der Rechtsfindung geht.

Verlag und Herausgeber sind sich darüber im klaren, daß das Vorhaben, das sich in den Alternativkommentaren verkörpert, als »work in progress« betrachtet werden muß, das sich erst in seinem Voranschreiten entfaltet. Die Ziele, die Art und Weise ihrer Ausführung und auch die Ergebnisse müssen deshalb für Kritik und Veränderung offengehalten werden. Kommentare, die keine Tradition zu verwalten haben, bieten die Chance des Neubeginns. Von den Autoren ist diese Chance in methodisch unterschiedlicher Weise genutzt worden. Herausgeber und Verlag sehen darin den Ausdruck einer Vielfalt der Meinungen innerhalb der verbindenden Zielsetzung, die für das Grundanliegen des Werks von Nutzen ist. Sie wünschen sich ebenso engagierte wie kritische Leser, die den Entschluß rechtfertigen, eine solche Kommentarreihe der etablierten Kommentarliteratur hinzuzufügen.

Braunschweig und Neuwied, im Mai 1979

Herausgeber und Verlag

Vorwort zur zweiten Auflage

Wir möchten uns bei den vielen Lesern bedanken, welche der Aufforderung nachgekommen sind, uns beim Fortschreiben dieses Kommentars zu helfen. Auf diese Weise konnten wir in der zweiten Auflage einige Lücken der Kommentierung schließen. Insbesondere haben wir völlig neue Abschnitte über die Situation von Drogenabhängigen (vor § 56 Rz. 10 ff.) und Ausländern (vor § 185) sowie über die kommenden Maßregelvollzugsgesetze (vor § 136) aufgenommen.

Ganz besonders zu danken haben wir auch Herrn Ministerialrat Horst Henze (Hannover), der uns wieder regelmäßig mit den von ihm erarbeiteten Auszügen aus wichtigen Entscheidungen der Oberlandesgerichte und der Strafvollstreckungskammern versorgt hat. Veröffentlichte Entscheidungen wurden von den Rechtspraktikantinnen Brigitte Diekmann und Elke Wegner bis Ende Februar 1982 eingearbeitet. Assessor Peter Brühl hat am Literaturverzeichnis sowie am Sachregister mitgearbeitet.

An dieser Auflage leider nicht mehr beteiligt sind drei Autoren, die ganz besonders zum Entstehen dieses Kommentars beigetragen haben: Volker Frielinghaus, Volkhart Schmidt und Helga Seibert hatten den Plan einer Kommentierung des damals geplanten Strafvollzugsgesetzes während ihrer gemeinsamen Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiter beim Bundesverfassungsgericht gefaßt. Und sie haben in wesentlicher Weise dabei mitgeholfen, diesen Plan in der vorliegenden Form zu verwirklichen, obwohl sie inzwischen beruflich in anderen Bereichen des Rechtslebens tätig sind. Neu hinzugekommen zu den bisherigen Autoren sind Bernd Volckart, Richter am OLG Celle, und Angela Uhlig-van Buren, Staatsanwältin beim LG Bremen.

Bremen, April 1982

Johannes Feest

Es haben kommentiert (in Klammern Voraufage):

- Eberhardt Brandt: §§ 53–55, 67–75, 123–135
Albrecht Brühl: vor § 81, §§ 94–107, 178, 190–195
Marlis Dürkop: §§ 76–80
Johannes Feest: §§ 1–4, (8), 17–22, vor § 37, §§ 38, 40, 44, 122,
166–175, 185, 196–201
Volker Frielinghaus: (§§ 68, 69)
Ehrhard Hoffmann: §§ 151–165
Konrad Huchting: §§ 53–55, 67–75, 123–128
Erich Joester: (§ 7), §§ 11–14, (15, 16), 23–36, 122, 176, 177
Denis Pécić: vor § 37, §§ 37, 39, 41–43, 45–52, 189
Edelgart Quensel: (§ 4), §§ 5–10, (vor § 11), §§ 15, 16, 56–66
Volkhart Schmidt: (§§ 108–121)
Karl F. Schumann: (§§ 136–138), §§ 139–150
Helga Seibert: (§§ 4, 129–135, 167–175)
Erdmute Spittler: (§ 73), §§ 81–92
Angela Uhlig-van Buren: §§ 11–16, 35, 36
Bernd Volckart: §§ 108–121, 136–138, 189

Abkürzungsverzeichnis

a. a.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AE	Alternativentwurf
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Amtsgericht
AG SPAK	Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise
AGGVG	Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
AGSt	Aktion für einen gesetzmäßigen Strafvollzug
allg. M.	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
a. M.	anderer Meinung
Amtl. Begr.	amtliche Begründung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
arg.	Argument aus
Art.	Artikel
ASJ	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen
AT	Allgemeiner Teil
aufgeh.	aufgehoben
Aufl.	Auflage
AV	Allgemeinverfügung
AVO	Ausführungsverordnung
AWo	Arbeiterwohlfahrt
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Bem.	Bemerkung
Bewhi	Bewährungshilfe (Zeitschrift)
bes.	besonders, besondere (r, s)
bestr.	bestritten
betr.	betreffend
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
Bl.	Blatt

Abkürzungsverzeichnis

BlStrK	Blätter für Strafvollzugskunde
BJM	Bundesministerium der Justiz
BMJFG	Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
BReg	Bundesregierung
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSHG	Bundesozialhilfegesetz
Bsp.	Beispiel
BT	Besonderer Teil, Bundestag
BT.-Dr.	Bundestags-Drucksache
BtmG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht, Amtliche Sammlung der Entscheidungen
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht, Amtliche Sammlung der Entscheidungen
BW AGGVG	Baden-Württembergisches Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
dgl.	dergleichen, desgleichen
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
Dr., Drucks.	Drucksache
DSVollz	Dienst- und Sicherheitsvorschriften für den Strafvollzug
DVO	Durchführungsverordnung
DVollzO	Dienst- und Vollzugsordnung
E	Entwurf
EG	Einführungsgesetz, Europäische Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
entspr.	entsprechend
Erl.	Erläuterung
etc.	et cetera
e. V.	eingetragener Verein
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitschrift
evtl.	eventuell

f., ff.	folgende (r, s)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FN	Fußnote
Forts.	Fortsetzung
FR	Frankfurter Rundschau
FS	Festschrift
GA	Goltdammers's Archiv
-G	-gesetz
GG	Grundgesetz
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GMV	Gefangenen-Mitverwaltung
grdsl.	grundsätzlich
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hs.	Halbsatz
Hdb.	Handbuch
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
ILO	International Labour Organization
Inf. AuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
inbes.	insbesondere
i. S. d.	im Sinne des (der)
i. V. m.	in Verbindung mit
JCrim	Journal of Criminal Law and Criminology
Jg.	Jahrgang
Jh.	Jahrhundert
JMin	Justizminister(ium)
JVA	Justizvollzugsanstalt
JVKostO	Justizvollzugskostenordnung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht Berlin (West)
KGVBl.	Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

Abkürzungsverzeichnis

KJ	Kritische Justiz
Komme	Kommissions-Entwurf
KrimJ	Kriminologisches Journal
krit.	kritisch
LAG	Landesarbeitsgericht
lfd.	laufend
Lit.	Literatur
lit.	Buchstabe
Ls.	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MEPolG	Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes
Minima	Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen
Mitt.	Mitteilung(en)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MPI	Max-Planck-Institut
MSchrKrim	Monatsschrift für Kriminologie
MuSchG	Mutterschutzgesetz
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
NF	neue Folge
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
o. a.	oben angegeben(en)
o. ä.	oder ähnlich(es)
ÖsterJZ	Österreichische Juristenzeitung
o. g.	oben genannt(es)
o. J.	ohne Jahresangabe
pass.	passim
Prot.	Protokoll(e)
PsychKG	Gesetz über die Hilfe für psychisch Kranke
-R	-recht
Rdn., Rdnr.	Randnote, Randnummer
recht	recht, Informationen des Bundesministers der Justiz
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RiVAST	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten

Rnr.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RsprEinhG	Gesetz zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung
RVO	Reichsversicherungsordnung
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
Schwbg	Schwerbehindertengesetz
SH	Sonderheft
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
SondA	Sonderausschuß
StA	Staatsanwalt(schaft)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
str.	streitig
StVert	Der Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVK	Strafvollstreckungskammer
StVollzVergO	Strafvollzugsvergütungsordnung
s. u.	siehe unten
SV	Sicherungsverwahrung
Tab.	Tabelle
TagBer.	Tagungsberichte der Strafvollzugskommission
TagBerJug.	Tagungsberichte der Jugendstrafrechtskommission
teilw.	teilweise
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliche (s)
umstr.	umstritten
unstr.	unstreitig
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
UZwG	Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs
vlg.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
vs.	versus
VV	Verwaltungsvorschrift, bundeseinheitliche (soweit nicht anders vermerkt)

Abkürzungsverzeichnis

VerwVerfG,

VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz

WDO Wehrdisziplinarordnung

z. B zum Beispiel

ZfStrVo Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

ZStW Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

z. T. zum Teil

zust. zustimmend

zutr. zutreffend

z. Zt. zur Zeit

Literaturverzeichnis

- AE: Alternativentwurf eines Strafvollzugsgesetzes, vorgelegt von einem Arbeitskreis deutscher und schweizerischer Strafrechtslehrer, bearbeitet von *Jürgen Baumann u. a.*, Tübingen 1973.
- Ahlers, S.*: Frauenstrafvollzug in der BRD: Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Stellung der Frau und der Vollzugsorganisation. Dipl.-Arbeit Universität Bielefeld 1977.
- Aksoy, M. U.*: Zur Ausweisung straffällig gewordener Türken. Inf. AuslR 2/1981, 76 ff.
- Aktion gesetzmäßiger Strafvollzug (Hrsg.): Strafvollzugskompaß. Berlin 1980.
- Alber, K.*: Zur Anwendung psychotroper Medikamente in britischen Gefängnissen. ZfStrVo 1981, 337 ff.
- Albrecht, P. A.*: Zur sozialen Situation entlassener »Lebenslänglicher«. Göttingen 1977.
- Albrecht, P. A.*: Aspekte des Maßregelvollzugs im psychiatrischen Krankenhaus. MSchrKrim 1978, 104 ff.
- Albrecht, P. A./F. Lamott*: Wer braucht wen? – Sozialtherapie in der Erprobung. MSchrKrim 63 (1980), 263–277.
- Albrecht, P. A./C. Pfeiffer*: Die Kriminalisierung junger Ausländer. Befunde und Reaktionen sozialer Kontrollinstanzen. München 1979.
- Allen, F. A.*: The Borderland of Criminal Justice. Chicago 1964.
- Allen, H. E.* (Hrsg.): Reform in correction. Problems and issues. New York 1977.
- Alpert, G. P.*: Legal problems of prison inmates: A review and analysis. Ann Arbor 1975 (Univ. Microfilms).
- Altenhain, G. A.*: Organisation des Strafvollzuges. In: Schwind/Blau 1976, S. 35 ff.
- American Friends Service Committee*: Struggle for justice. New York 1971.
- American Public Health Association*: Standards for health service in correctional institutions. Washington 1976.
- Amnesty International*: Zu den Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1980.
- Andersen, E.*: Ringe: A new maximum security prison for young men and women in Denmark. In: Ward/Schoen 1981.
- Anttila, I.*: Incarceration for crimes never committed. Helsinki 1975.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.*: Die inhaftierte Familie. Familienseminar der Arbeiterwohlfahrt mit Inhaftierten und ihren Familien 1978-79. Bericht und Dokumentation. Bonn 1979.
- Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V.*: Arbeiterwohlfahrt zur medizinischen Versorgung in Justizvollzugsanstalten. KrimJ 1980, S. 148 ff.
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen, Landesverband Nordrhein-Westfalen*: Musterentwurf zu einem Maßregelvollzugsgesetz. Düsseldorf 1980 (Elisabethstraße 3)

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft SPAK*: Für die Einführung von Tariflohn und Sozialversicherung im Knast. Berlin 1975.
- Arbeitskreis Soziales Training (AST)*: Arbeitsmodell des Fachbereichs 5 Soziales Training in der Strafanstalt Berlin-Tegel. Berlin 1973.
- Arndt, H.-W./H. von Olshausen*: Grenzen staatlicher Zwangsbefugnisse gegenüber Untersuchungshäftlingen. JuS 1975, 143–150.
- Arndt, J.*: Strafvollzugsbau. Bochum 1981.
- Aspelin, E. u. a.*: Some developments in nordic criminal policy and criminology. Stockholm 1975.
- Autorengruppe Ausländerforschung*: Zwischen Getto und Knast. Jugendliche Ausländer in der Bundesrepublik. Ein Handbuch. Reinbek 1981 (rororo-aktuell 4737).
- Autorenkollektiv Ärztegruppe Westberlin*: Medizin als Strafe. Für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten. Berlin 1977.
- Autorenkollektiv Ärztegruppe Berlin (W) für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten; Marburger Bund, Landesverband Berlin; Vereinigung Berliner Strafverteidiger (Hrsg.)*: Zur Zwangsernährung verpflichtet? Ein Ratgeber bei medizinischen und juristischen Fragen. Berlin 1981.
- Ballhausen, W.*: Erwachsenenbildung und Resozialisierung. Frankfurt/M. 1980.
- Banks, Ch./P. Mayhew*: Absconding from open prisons. London 1975.
- Barabas, F. u. a.*: Jahrbuch der Sozialarbeit. Projekte, Konflikte, Recht. Frankfurt 1975.
- Baratta, A.*: Strafvollzugssystem und soziale Marginalisierung. Zur Ideologiekritik des Behandlungsstrafrechts. In: R. Herren u. a. 1977, S. 373 ff.
- Basaglia, F. (Hrsg.)*: Die negierte Institution oder die Gemeinschaft der Ausgeschlossenen. Frankfurt/M. 1973.
- Baumann, H.*: Die Entlassenenhilfe in der Bundesrepublik Deutschland – Situation, Probleme, Perspektiven. Bochum 1980.
- Baumann, J.*: Sicherheit und Ordnung in Vollzugsanstalten? Begriffe und Regelungen, die ersetzt werden müssen. Ein Gesetzgebungsvorschlag zu diesem Bereich sowie zur Regelung des unmittelbaren Zwanges, des Disziplinarrechts und des Briefverkehrs. Tübingen 1972 (a).
- Baumann, J.*: Sicherheit und Ordnung in der Anstalt. Einige kritische Erwägungen zu § 72 ff. des Entwurfs eines Strafvollzugsgesetzes. In: Festschrift für R. Maurach. Karlsruhe 1972 (b).
- Baumann, J. (Hrsg.)*: Reform des Strafvollzuges. München 1974.
- Baumann, J.*: Denkansätze bei der Strafvollzugsgesetzgebung in Geschichte und Gegenwart. Dargestellt am Beispiel der Disziplinarverfehlungen. In: Gernhuber, J. (Hrsg.): Tradition und Fortschritt im Recht, Festschrift zum 500jährigen Bestehen der Tübinger Juristenfakultät. Tübingen 1977, § 263 ff.
- Baumann, J.*: Zwangsweise Lebenserhaltung im Strafvollzug. ZRP 1978, 35–36.
- Baumann, J.*: Einige Modelle zum Strafvollzug. Bielefeld 1979.
- Baumann, J.*: Fehlende Rechtsgrundlage bei ärztlicher Zwangsbehandlung Untergebrachter. NJW 1980, § 1873 ff.